

Inklusion in Bremen

Förderzentrum soll ab 2024 schließen

Umbau der Inklusion: Wie die Koalition künftig mit verhaltensauffälligen Schulkindern umgehen will



Künftig sollen Kinder mit auffälligem Verhalten nicht mehr an eine Förderschule wechseln, sondern an ihrer Schule unterstützt werden.

SARA SUNDERMANN

Bremen. Fast alle Sonderschulen hat Bremen schon ab 2009 abgeschafft, eine der letzten verbliebenen soll nun auch schließen. Die Fritz-Gansberg-Schule in Schwachhausen, das Förderzentrum für verhaltensauffällige Kinder, soll im Schuljahr 2024/25 schrittweise aufgelöst werden.

Bislang konnten Kinder, die wegen ihres extremen Verhaltens in einer normalen Schulklasse nicht mehr unterrichtet werden konnten, an die Fritz-Gansberg-Schule wechseln. Derzeit besuchen laut Bildungsbehörde 28 Kinder das Förderzentrum. Sie lernen dort in Kleingruppen und mit Unterstützung von Sonderpädagogen. Doch eine Rückkehr an die Regelschule war für diese Kinder in der Vergangenheit teils schwierig oder aufwendig.

Aus Sicht der Koalition ist es zudem schon länger erklärtes Ziel, die Fritz-Gansberg-Schule perspektivisch aufzulösen, um die Inklusion weiter voranzutreiben und Kinder nicht auszugrenzen. Zuletzt war die Schule immer nur auf Zeit in Betrieb, zuletzt mit einer Genehmigung bis 2024 und unklarer Zukunft. Es fehlten bislang schlicht die Alternativen zur Förderschule, jedenfalls für die meisten Kinder.

Nun gibt es eine Entscheidung dazu: Die Gansberg-Schule soll schließen. Stattdessen sollen die vier regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUz) ausgebaut werden. In den ReBUz lernen schon jetzt Schulverweider und Kinder, die zum Beispiel einen Psychiatrie-Aufenthalt hinter sich haben. Bislang gibt es für sie an den ReBUz stadtweit 80 Plätze zum Lernen in Kleingruppen. Diese Plätze sollen nun auf 200 aufgestockt werden.

In den ReBUz sollen künftig verhaltensauffällige Kinder für einige Monate oder ein Jahr in Kleingruppen und mit individueller Förderung lernen. Danach sollen sie schrittweise an ihre Stammschule zurückkehren. Es geht also um einen Kurswechsel: Verhaltensauffällige Kinder sollen in Zukunft nicht mehr dauerhaft an eine Sonderschule wechseln.

Zusätzlich wird ein bestehendes Programm ausgeweitet, und zwar das der temporären Lerngruppen. Dabei bleiben Kinder mit auffälligem Verhalten an ihrer Schule, verlassen aber jede Woche für einige Stunden ihre Klasse, um in einer Kleingruppe zu lernen. Bislang gibt es an 15 Bremer Grundschulen eine solche temporäre Lerngruppe, zehn weitere Gruppen sollen nun entstehen. Auch dies ist Teil des Plans, Alternativen zur Förderschule zu schaffen.

Derzeit könnten einige verhaltensauffällige Kinder in Bremen kaum oder gar nicht beschult werden, heißt es in einer Vorlage der Behörde zum Thema. Von dem neuen Ansatz erhofft man sich hier eine Verbesserung.

Linke: „Durchbruch in der Inklusion“

Die Linke sieht in dem neuen Konzept einen „Durchbruch in der Inklusion und einen ganz wichtigen Schritt nach vorne“, sagt Bildungspolitikerin Miriam Strunge. Bremen werde den betroffenen Kindern künftig eine regionalere Betreuung und Bildung bieten. „Und der Wechsel an eine Förderschule ist ein enormes Stigma, das künftig wegfällt.“ Es werde zukünftig möglich sein, Kinder und Jugendliche an ihren eigenen Schulen besser zu unterstützen und ihnen schneller die Hilfe zuzukommenzulassen, die sie bräuchten.

Das Konzept stärke die Inklusion an Schulen, sagt auch Christopher Hupe von den Grünen. Von der Behörde erwarte er nun, dass die Umsetzung „mit größter Anstrengung vorangetrieben werde“, um den ambitionierten Zeitplan einzuhalten.

Der Standort an der Fritz-Gansberg-Straße wird wohl ein Lernort bleiben, denn Bremen braucht dringend neue Schulen. Allerdings gelten die Gebäude des Förderzentrums seit Jahren als marode. „Ich gehe davon aus, dass man dort eine neue Oberschule aufbauen wird, entweder in einem Neubau oder mit einem kernsanierten Altbau“, so Strunge.
